

Andreas Gareiß

Fraktionsvorsitzender der SPD Stadtratsfraktion

Rede zur Verabschiedung des Haushaltes 2014

am 08.04.2014

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren des Rates,

ich werde meine Haushaltsrede in diesem Jahr so anfangen, wie fast alle Haushaltsreden normalerweise enden. Ich beginne diesmal mit meinem Dank an die Mitarbeiter der Kämmerei, an Herrn Aengenendt und sein Team. Ich möchte mich dafür bedanken, dass dem Entwurf des Haushaltes in diesem Jahr Erläuterungen hinzugefügt wurden, die das Verständnis für dieses Zahlenwerk verbessern. Insofern darf ich feststellen, dass meine Kritik aus dem Vorjahr schon etwas bewirkt hat. Ich stelle fest, dass dem Haushaltsentwurf erstmalig umfangreichere Erläuterungen beigefügt sind und darf mich hierfür bei den Mitarbeitern der Kämmerei bedanken. Dies ist aber nur der erste Schritt, und ich hoffe, dass der nächste Schritt im nächsten Jahr nachfolgen wird, nämlich Kennzahlen, die eine Vergleichbarkeit der uns vorgelegten Zahlen mit anderen Haushalten erlauben.

In den letzten Wochen haben alle Fraktionen Ihre ersten Stellungnahmen zum Haushalt 2014 im Rahmen der Haushaltsberatungen abgegeben. Neue bahnbrechende Erkenntnisse habe ich daraus nicht ersehen können. Im Wesentlichen wurde das wiederholt, was eigentlich auch schon bekannt war. Der Haushaltsentwurf 2014 birgt keine Neuerungen oder Hinweise, dass das strukturelle Defizit in absehbarer Zeit beseitigt werden könnte.

Der Haushaltsentwurf ist getreu dem Motto der Mehrheitsfraktion aufgestellt: „weiter so!“.

Aber können wir wirklich einfach so weiter machen? Sind nicht gerade Neuerungen die Grundlage für Verbesserungen. Es müssen ja nicht unüberlegte Aktionen sein, oder gar uns in die Haushaltssicherung treibende Entscheidungen. Schon kleine Schritte in die richtige Richtung könnten uns da vielleicht weiter bringen.

Umso mehr haben mich da die Stellungnahmen mancher Fraktionen überrascht, die ein Haushaltsdefizit von 3,3 Mio EUR festgestellt haben und dies überrascht kommentiert haben. Dieses Haushaltsdefizit ist doch voraussehbar gewesen und ich darf Ihnen sagen, dass dieses fortwährende strukturelle Defizit auch aus unserer Sicht besorgniserregend ist.

Die Haushaltsdefizite der nächsten Jahre können schwarz auf weiß der Finanzplanung entnommen werden. Das Eigenkapital hatte zum 31.12..2009 einen Bestand von über 157 Mio EUR und die Ausgleichsrücklage einen Bestand von 16,6 Mio EUR. In der Finanzplanung sind jährliche Fehlbeträge zwischen 2 Mio EUR und 4 Mio EUR eingeplant. Zum Ende der Finanzplanung hat dann das Eigenkapital einen Bestand von knapp 142 Mio EUR und die Ausgleichsrücklage ist auf 1 Mio EUR abgeschmolzen. Bei einem weiteren Fehlbedarf im Jahre 2018 müssen wir dann schon die allgemeine Rücklage in Anspruch nehmen. Umso wichtiger ist es doch, sich Gedanken darüber zu machen, wie man dieser Entwicklung entgegenzutreten will.

Sicherlich ist die Politik des Bundes und des Landes für einen Teil dieser Misere mitverantwortlich und ich schließe mich da gerne meinem Vorredner an, dass der Bund und das Land zu Ihren Entscheidungen stehen müssen und die finanziellen Mittel im Rahmen des Konnexitätsprinzips auch für die Maßnahmen zur Verfügung stellen müssen, die von dort initiiert wurden. Deshalb ist es unser aller Aufgabe in diesem Sinne auf unsere höhergeordneten Stellen einzuwirken. Aber können wir es wirklich bei diesem Einwirken belassen. Müssen wir neben diesen Aufforderungen auch nicht selbst etwas tun? Wir können uns nicht darauf verlassen, dass eines Tages das große Einsehen im Bund und im Land ausbricht und das Geld dann vom Himmel fällt. Die Aussichten sind da eher noch düsterer, da in Sachen Inklusion und Eingliederungshilfen noch ganz erhebliche Belastungen auf uns zukommen könnten.

Der Rat der Stadt Kempen hat in den letzten Jahren viele Projekte vorangebracht, die auch in unserem Sinne waren und notwendig sind. So wurde eine Mensa auf dem Gelände der Martinschule gebaut und es wurden neue Baugebiete erschlossen. Diese Projekte sind für unsere Stadtentwicklung wichtig und fanden auch in den politischen Gremien unsere Zustimmung.

Das Projekt Klosterhof hat finanztechnisch nie unsere Zustimmung gefunden. Hier werden Standards festgelegt, die uns in den nächsten Jahren binden werden. Standards, die uns in den

weiteren Sanierungsbereichen unserer Stadt teuer zu stehen kommen werden. Und hier ist unser Kritikpunkt: Angesichts der in den nächsten Jahren weiterhin nicht ausgeglichenen Haushalte sollten wir uns sehr wohl überlegen, ob wir uns solche Standards überhaupt leisten können und sollten!

Es soll ja nicht nur das Umfeld Klosterhof auf diesem hohen Niveau ausgebaut werden, auch die Judenstraße wird ja sicherlich auch so hochwertig ausgebaut werden, wie das Umfeld des Klosterhofes. Auch die Parkanlagen und Grünflächen im Kempener Süden, dem Bereich An der Kreuzkapelle, werden in den nächsten Jahren für nahezu 1 Million EUR ausgebaut. Wo bleibt denn hier der Wille zum sparen?

Und es geht noch weiter! Sicherlich ist es wichtig, die Kempener Burg, eines unserer Wahrzeichen, und das Umfeld auch für die Zukunft zu erhalten und sinnvoll zu nutzen. Es ist darauf zu achten, dass uns der Zugriff auf dieses Wahrzeichen nicht verloren geht. Die Nutzung für unser geliebtes St. Martins-Feuerwerk darf nicht verloren gehen, und der Bestand des Stadtarchivs mit den wichtigen Kempener Urkunden muss hier in Kempen verbleiben. Sollte die Burg aber, wie es die Spatzen von den Dächern pfeifen, an einen privaten Investor gehen, der mit ganz bestimmten Erwartungen an die Umsetzung seiner Interessen herangeht, könnte dies auch wieder Begehrlichkeiten wecken, die uns sicherlich wieder teuer zu stehen kommen. Hier ist darauf zu achten, dass der Steuerzahler nicht wieder ein Projekt eines privaten Investors mitfinanziert und dadurch unser Haushalt wieder nachhaltig belastet wird.

Auch das Vorhaben am Königshütte-See, welches in unseren Augen überhaupt nicht zwingend in den nächsten Jahren umgesetzt werden muss, dient dazu, einem privaten Investor den Boden zu bereiten. Hier ist ebenfalls zu befürchten, dass diese Entwicklungen Belastungen für den städtischen Haushalt nach sich ziehen, die der Kempener Bürger zu bezahlen hat.

Ich will hier nicht den Eindruck erwecken, dass die SPD-Fraktion etwas gegen private Investitionen hat - ganz im Gegenteil - aber es kann nicht sein, dass profitable Projekte mit Steuergeldern noch profitabler werden. Und wenn wir ständig darauf hinweisen, dass wir nicht alle Wünsche der Bürgerinnen und Bürger erfüllen können, sollten wir uns sehr wohl überlegen, was uns wichtig ist.

Jetzt werden Sie mir sicher wieder vorhalten, dass bei der Finanzierung des Ausbaus des Umfeldes Klosterhof umfangreiche Zuschüsse des Landes geflossen sind, die fast die Hälfte

der Auslagen gedeckt haben. Aber, wer hat denn dieses Geld dem Land zur Verfügung gestellt? Das waren doch auch Steuergelder, die im Interesse aller Steuerzahler verwendet werden sollen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas zu den Zuschüssen des Bundes und des Landes sagen. Die Zuschüsse für die Umfeld-Gestaltung Klosterhof wurden vom Bürgermeister und der Mehrheitsfraktion bejubelt. Auf der andern Seite wird immer wieder beklagt, dass für die Inklusion an den Schulen keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen. Der Bund und das Land haben sicherlich nicht unendliche Gelder zur Verfügung und müssen sich auch sehr wohl überlegen, in welche Projekte das Geld fließen soll. Wäre es da nicht geboten, die Zuwendungspraxis zu überdenken? Wäre es auch nicht in Ihrem Sinne, wenn das Land seine Zuwendungen für die Schulen und die Ausbildung unserer Kinder erhöht und darauf verzichtet, Projekte, wie hier in Kempen geschehen, zu fördern. Wir alle müssen uns überlegen, welche Prioritäten wir zukünftig setzen wollen.

Ein gutes Beispiel ist hier auch das Denkmal Peterstraße 20. Hier wurden vor gar nicht allzu langer Zeit Fördergelder für den Denkmalschutz beim Land abgerufen. Jetzt überlegt man, im Interesse eines Bauherrn dieses Gebäude abzureißen. Somit hätte das Land die Fördermittel für dieses Denkmal sinnlos ausgegeben.

Die CDU Fraktion, aber auch andere Fraktionen im Rat, propagiert in ihren Reden immer das Ziel des Schuldenabbaus und attestiert dem Bürgermeister, auf einem guten Weg zu sein. Laut der uns vorgelegten Finanzplanung beträgt der Schuldenstand in dem zu beschließenden Haushaltsjahr 2014 derzeit 41,02 Mio EUR. Bis zum Ende der Finanzplanung ist der Schuldenstand aber wieder um gut 1,7 Mio EUR auf 42,75 Mio EUR gestiegen. Dies widerspricht den erklärten Zielen der CDU-Fraktion und der FDP Fraktion. Sicherlich ist es angesichts der in den nächsten Jahren nicht ausgeglichenen Haushalte nicht einfach, einen Schuldenabbau durchzuführen.

Sicherlich dürfen wir uns nicht kaputt sparen, aber ein wirklich erkennbarer Wille zu Sparen ist in diesem Haushalt nicht zu erkennen.

Und wenn ich dann noch mal auf die Vorhaben der Mehrheitsfraktion, die ich vorhin erwähnt habe, zurückkomme, denke ich, dass das Bekenntnis zum Schuldenabbau wieder nur eine Schaufensterrede ist. Die anderen Fraktionen dann aufzufordern, keine Wünsche zu äußern,

weil man angesichts der eigenen Wünsche keinen Finanzierungsspielraum mehr sieht, ist schon ziemlich frech.

Wir, die SPD Fraktion, haben darauf verzichtet, kostspielige Anträge zu stellen, weil unsere Haushaltslage das nicht hergibt. Wir können froh sein, wenn wir den Standard für unsere Bürgerschaft so halten können, wie er ist.

In dem uns vorliegenden Haushalt gibt es Bereiche, die wir gerne mittragen und die auch notwendig sind. Ausgaben im Bereich von Schulen, Kindergärten und im Bereich des Jugendamtes sind für uns Notwendigkeiten, die uns unsere Zukunft sichern. Dies hat auch der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede am 21.01.2014 festgestellt und attestiert, dass Kempen eine familienfreundliche Stadt ist. Darauf sollten wir auch weiterhin bauen und nicht immer nur beklagen, welche Kosten damit verbunden sind. Sicherlich darf man die Kosten nicht aus den Augen verlieren, aber angesichts der prognostizierten Entwicklung müssen wir froh um jede Familie mit Kindern hier in Kempen sein. Um junge Familien ist schon längst ein Wettbewerb zwischen den Kommunen entstanden.

An dieser Stelle erlauben Sie mir den Übergang zum Jugendamt. Hier ist durch die Betreuung der unbegleiteten Flüchtlinge ein enormer Arbeitsaufwand entstanden und damit verbunden ein erheblicher zusätzlicher Kostenaufwand. Wir missbilligen ebenfalls die Vorgehensweise von Bund und Land und erwarten hier auch eine Regelung, die der Sache gerecht wird. Aber die derzeitige Gesetzeslage hatte auch schon Bestand, als die Bundespolizei ihren Sitz nach Kempen verlegte, was übrigens von der Verwaltung als großer Erfolg gefeiert wurde. Wir können nur hoffen, dass Bund und Land alsbald gerechtere Regelungen schaffen.

Im Bereich des Jugendamtes muss ich das Handeln der Verwaltung begrüßen, die den Ratschlägen des Gemeindeprüfungsamtes gefolgt ist und nach den Vorgaben des GPA eine Umstrukturierung vorgenommen hat. Warum überträgt man diese Vorgehensweise nicht auf weitere Bereiche der Verwaltung? Sind wir nicht mit diesem Handeln auf dem richtigen Weg und kommen einer alten Forderung der SPD-Fraktion nach einer Verwaltungsstrukturreform nahe? War das nun der erste Schritt und folgen jetzt weitere Maßnahmen dieser Art? Wir würden es sehr begrüßen. Ließe sich doch durch die ganzheitliche Betrachtung ein Gesamtbild der Verwaltung erstellen und so die optimale Verwaltungsstruktur finden.

Die von der Verwaltung in den Haushaltsberatungen vorgeschlagenen Stellenplanerweiterungen sind nachvollziehbar. Die Stelle im Jugendamt findet unsere volle Zustimmung. Auch die Stellen im Bereich der Kindertagestätten unterstreichen unsere Forderungen. Dass die Feuerwehr einen Technikwart benötigt, um handlungsfähig zu bleiben, ist auch nachvollziehbar.

Schaut man sich den Stellenplan an, stellt man schnell fest, dass es zum einen sowohl bei der Anzahl der Stellen, als auch bei der Einstufung des Personals immer nur in eine Richtung geht, nämlich nach oben. Bei der Einstufung oder Bezahlung rede ich jetzt nicht von den jährlichen tariflichen Erhöhungen. Schaut man sich den Stellenplan im Beamtenbereich an, sieht man, dass der Stellenplan bei dieser Berufsgruppe schon lange die Pyramidenform verlassen hat und immer mehr die Form eines Eies annimmt, das auf dem Kopf steht. Ich will damit sagen, dass wir immer mehr Häuptlinge haben und die Indianer langsam aussterben. Diese Entwicklung schreit geradezu nach einer Überprüfung der Struktur der Verwaltung. Und wir alle wissen, dass Veränderungen in diesem Bereich sich nur sehr langsam auswirken. Von daher wird es Zeit, sich endlich damit zu beschäftigen. Der Personaletat macht mehr als $\frac{1}{4}$ der Gesamtausgaben aus und ist, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, auch eine Größe, die wir steuern können. Es geht nicht darum, schon morgen die Mitarbeiter der Verwaltung auf die Straße zu setzen um Kosten zu sparen. Wir wissen auch, dass wir leistungsfähiges Personal brauchen, um gute Arbeit für die Bevölkerung abzuliefern. Aber trotzdem muss es erlaubt sein, die Arbeitsweise unserer Verwaltung auf den Prüfstand zu stellen. Und so lange das nur halbherzig betrieben wird, sehen wir keine Veranlassung den Stellenplan mitzutragen.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass wir durch eine immer weiter fortwährende Heraufsetzung der Stellenwerte uns selber in Zugzwang setzen, da durch eine immer höhere Bewertung der Stellen auf der Sachbearbeiter-Ebene auch zwangsläufig die Stellenbewertung auf der Leitungsebene nach oben getrieben wird. So lässt sich auch die Form des auf den Kopf gestellten Eies erklären. Ganz abgesehen davon führt dies auch zu immer höheren Pensionslasten, über die wir heute auch schon gesprochen haben.

In diesem Haushalt gibt es durchaus Bereiche und Ansätze, die wir mittragen könnten. Da wäre zum einen die Einrichtung der Gesamtschule, die wir ja schon seit über 30 Jahren

gefordert haben, die nun endlich an den Start geht. Die Anmeldezahlen zeigen, dass diese Schulform hier in Kempen von den Eltern gewünscht wird. Jedenfalls wünschen wir der Gesamtschule einen guten Start und den Kindern, die diese Schule besuchen ein entspanntes und erfolgreiches Lernen und Arbeiten.

Ein weiteres Projekt, das wir gerne unterstützen, ist der Bau des Kunstrasenplatzes an der Berliner Allee. Dieses Projekt wird jetzt auch nach vielen Jahren endlich abgeschlossen - Dank des tollen Einsatzes der Verantwortlichen beim SV Thomasstadt. Ich bedanke mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich für diesen vorbildlichen Einsatz und wünsche mir für weitere Projekte rund um den Sport in Kempen ähnliches Engagement.

Der öffentliche Personennahverkehr ist ein wichtiger Bestandteil einer guten Infrastruktur. In Zeiten steigender Energiekosten stellen sich immer mehr Mitmenschen die Frage, wie sie den Weg zur Arbeit, zur Schule, Universität, oder zum Ausbildungsplatz bewältigen können. Hierbei spielt der ÖPNV eine immer größere Rolle. Auch die Auswahl des Studienplatzes hängt stark vom funktionieren des ÖPNV ab. Schaut man dann in den Haushaltsplanentwurf 2014 rein, stellt man schnell fest, dass nicht viele Positionen diesem Thema gewidmet sind. Lediglich ein Zuschuss für die Instandhaltung einiger weniger Bushaltestellen lässt sich finden. Und die Pauschale für den Verkehrsverbund, die von der Stadt Kempen gezahlt wird, wird um 23.000 EUR gekürzt. Über den Stellenwert des ÖPNV brauche ich wohl nicht mehr viel zu sagen. Ich fordere daher die Mitglieder dieses Rates auf, ihr Handeln in diesem Bereich zu überdenken.

Am einfachsten wäre es somit für uns, wenn beim Beschluss des Haushaltes nachher Punkt für Punkt, Ansatz für Ansatz abgestimmt werden würde. Aber dadurch, dass der Haushalt 2014 in einem Beschluss abgestimmt wird, kommen wir in Entscheidungsschwierigkeiten, da wir sehr wohl unterschiedliche Auffassungen zu den einzelnen Produkten haben.

Genauso wie im letzten Jahr haben wir das Problem, dass wir seit nunmehr 5 Jahren keine geprüften Jahresrechnungen mehr vorgelegt bekommen haben. Und nun wissen wir ja seit dem Beschluss vom Dezember, dass gerade der wichtige erste NKF-Haushalt 2009 gar nicht mehr richtig geprüft wird. Geprüft wird jetzt nur noch der Haushalt 2011. Die Rechnungsergebnisse der Haushalte 2009 und 2010 werden nur noch mit einem Auge im Vorbeigehen geprüft. Das Land gibt den Kommunen durch eine entsprechende neue Regelung

leider die Möglichkeit so vorzugehen. Sie sehen, meine Damen und Herren, ich finde auch nicht immer gut, was das Land so macht!

Eine erste Überprüfung der Abschlüsse 2009 - 2011 ergab schon erhebliche Verschiebungen gegenüber der Finanzplanung, und so wissen wir eigentlich immer noch nicht, ob die Zahlen, die uns heute hier vorliegen, überhaupt belastbar sind.

Überhaupt stellt sich uns die Frage, wofür wir überhaupt diesen Haushalt aufstellen. Unter Punkt 8 der heutigen Tagesordnung wurde uns ein Bericht über die nach § 22 GemHVO übertragenden Ermächtigungen vorgestellt. Viele Vorhaben des uns heute hier vorliegenden Haushaltsentwurfes können voraussichtlich gar nicht im Jahre 2014 verwirklicht werden. Dabei sollte doch gerade der Doppelhaushalt 2011-2012 dazu beitragen, diese Problematik im Sinne der Haushaltswahrheit aufzuarbeiten.

Wir können nur hoffen, dass die im Mai neu zu wählende Bürgermeisterin oder der Bürgermeister, so schnell wie möglich sicherstellt, dass wir bei der nächsten Beschlussfassung über den Haushalt belastbare Zahlen vorliegen haben. Er oder Sie muss sicherstellen, dass die ausstehenden Prüfungen der Jahresabschlüsse nachgeholt werden, damit die Mitglieder des Rates auch wissen, wie es wirklich um diesen Haushalt bestellt ist. Solange dies nicht gewährleistet ist, kann eigentlich kein Mitglied dieses Rates diesem Haushalt zustimmen.

Wir, die SPD Fraktion werden u.a. aus diesem Grunde diesem Haushalt auch nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.